

»Ostpreußen lebt«

Rede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen Stephan Grigat auf der Großkundgebung am 29. Mai 2011 in Erfurt

Frau Staatssekretärin, verehrte Abgeordnete aus Bundestag und Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Ostpreußen!

Ich heiße Sie alle auf der Großveranstaltung des Deutschlandtreffens der Ostpreußen in Erfurt sehr herzlich willkommen. Als Vertreterin der Thüringischen Landesregierung begrüße ich Frau Staatssekretärin Dr. Marion Eich-Born; für den Bund der Vertriebenen begrüße ich unsere heutige Festrednerin und Präsidentin des BdV, Erika Steinbach.

Für den Verband der Europäischen Flüchtlinge und Vertriebenen begrüße ich den Generalsekretär und den Präsidenten der Generalversammlung, Dr. Massimiliano Lacota und Wilhelm v. Gottberg. Aus dem Deutschen Bundestag begrüße ich Frau Abgeordnete Antje Tillmann. Aus dem Thüringischen Landtag begrüße ich die Abgeordneten Christina Tasch und Manfred Grob.

Für das Bayerische Sozialministerium begrüße ich Ministerialdirigent Hansel. Ich heiße die Vertreter der befreundeten Landsmannschaften und des BdV in unseren Reihen herzlich willkommen. Als Vertreter der heimatverbliebenen deutschen Landsleute aus Ostpreußen begrüße ich den Präsidenten des Verbandes Deutscher Vereinigungen in Ermland und Masuren, Heinrich Hoch. Als Vertreter der Kirchen begrüße ich den Vorsitzenden der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen, Probst Erhard Wolfram, und die deutschen Seelsorger aus Ostpreußen, Domherr André Schmeier aus Allenstein und Pfarrer Dawid Banach für Treuburg und Goldap.

Leider hat der Oberbürgermeister der Stadt Erfurt auf unsere Einladung nicht reagiert und auch keinen offiziellen Vertreter der Landeshauptstadt Erfurt geschickt.

Ich freue mich deshalb, heute den Vorsitzenden der CDU-Ratsfraktion Erfurt, Michael Panse, begrüßen zu können, der Erfurt auch gestern bei der Kulturpreisverleihung vertreten hat.

Ich begrüße besonders herzlich die Angehörigen der früheren deutschen Wehrmacht. Dies ist mir ein besonderes Anliegen. Deutsche Soldaten haben unter Einsatz ihres Lebens die Flucht hunderttausender Ostpreußen ermöglicht und dafür tausendfach ihr eigenes Leben hingegeben. Deutschland schuldet Ihnen Dank, Ostpreußen steht in Ihrer Schuld. Sie sind uns herzlich willkommen!

Ostpreußen lebt.

Ostpreußen hat im Laufe der Zeit viele Umwälzungen erlebt – und es hat 1945 nicht aufgehört zu bestehen. Ostpreußen ist vielschichtig. Es ist Geschichte, Heimat, Platz unserer Wurzeln, Natur, Lebensfreude, Ort unserer Träume, Wünsche und Sehnsüchte – untrennbar mit unserem Schicksal verbunden.

Wir bekennen uns zu Ostpreußen! Ostpreußen ist uns Erbe und Auftrag. Ostpreußen ist Zukunft!

Wenn ich von „wir“ spreche, spreche ich von den zur Landsmannschaft Ostpreußen zusammengeschlossenen Menschen aus Ostpreußen.

Die Landsmannschaft Ostpreußen ist von Flüchtlingen und Vertriebenen als Verband von Schicksalsgefährten zur Bündelung von Interessen und Durchsetzung gemeinsamer Ziele gegründet worden. Manches ist erreicht worden, vieles ist auch nicht erreicht worden, wesentliches ist durch Zeitablauf unerreichbar geworden. Die Landsmannschaft Ostpreußen wird immer der Interessenverband der geflüchteten und vertriebenen Ostpreußen sein und bleiben. Die Landsmannschaft Ostpreußen wird sich weiter beharrlich, unvermindert und vom politischen Gegenwind unbeeindruckt für die Rechte der Ostpreußen einsetzen.

Aber die Landsmannschaft Ostpreußen ist mehr. Die Landsmannschaft Ostpreußen ist schon heute ein Verband aller, die sich für Ostpreußen interessieren und einsetzen. Die Landsmannschaft Ostpreußen hat mit der Wahl eines Sprechers, der 19 Jahre nach der Vertreibung geboren ist, dokumentiert, dass sie über die Lebenszeit der Angehörigen der Erlebnisgeneration hinaus existieren und wirken will – und wird.

Wir verstehen uns als Dachverband aller, die sich in die Entwicklung und Zukunft Ostpreußens einbringen wollen. Als konkrete Ziele der Landsmannschaft Ostpreußen sind zunächst zu nennen:

Die Gerechtigkeitslücken für die Angehörigen der Erlebnisgeneration müssen geschlossen werden! Ostpreußen muss als Teil des historischen Deutschlands im Bewusstsein des Deutschen Volkes verankert werden. Die deutsche Kultur Ostpreußens ist zu bewahren und weiter zu entwickeln. Der Bestand der Deutschen Volksgruppe ist zu sichern. Der Zusammenhalt der Angehörigen der Erlebnisgeneration, deren Nachkommen (der sogenannten Bekenntnisgeneration), der an Ostpreußen Interessierten und der Angehörigen der Deutschen Volksgruppe in Ostpreußen und die gemeinsame Identität als Ostpreußen müssen gestärkt werden.

Die Entwicklung Ostpreußens als lebenswerte Region Europas – auch für deutsche Bewohner!

Zuvörderst müssen die Gerechtigkeitslücken für die Angehörigen der Erlebnisgeneration geschlossen werden. Das Vertreibungsunrecht mit allen damit zusammenhängenden Fragen ist nicht ansatzweise abschließend geheilt oder in erreichbarer Weise gelindert. Zu nennen sind hier in erster Linie vielschichtige Fragen des Rentenrechts, Entschädigungs- und Eigentumsfragen.

Wichtiger Bestandteil des Aufgabenkanons der Landsmannschaft Ostpreußen ist es, Ostpreußen als Teil des historischen Deutschlands und sein Schicksal im Bewusstsein des Deutschen Volkes zu verankern. Außer uns tut das niemand.

Ostpreußen ist mehr als 700 Jahre ein ganz oder überwiegend deutsches Land gewesen.

Diese objektiv unbestreitbare, aber dennoch zuweilen von interessierter Seite bezweifelte Tatsache droht in Vergessenheit zu geraten. Das Wissen der mittleren und jüngeren Generation über den Deutschen Osten und seine Geschichte ist erschreckend schwach, was vor allem daran liegt, dass er zielgerichtet totgeschwiegen worden ist und in den Schulbüchern kaum noch vorkommt.

Es ist an uns zu vermitteln, dass die 700-jährige deutsche Kultur Ostpreußens die kulturelle Entwicklung Gesamtdeutschlands nachhaltig geprägt hat. Es sei nur an Copernicus, Kant, Herder, Wiechert erinnert, daran, dass 1525 Ostpreußen das erste Fürstentum Europas mit Evangelischer Religion und Landeskirche war.

Die Abtrennung Ostpreußens und der Deutschen Ostprovinzen insgesamt von Deutschland war ein eindeutiger schwerer Bruch des geltenden Völkerrechts und des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der betroffenen Bevölkerung.

Die Vertreibung als solche und die damit zusammenhängenden Taten waren unverjähbare und in ihrer Dimension in der Neuzeit einzigartige Verbrechen. Daran ändern auch vorhergehende Verbrechen Deutscher nichts. Die Erinnerung daran und das Wissen darüber verblassen.

Versäumnisse hat es hier auch in den Reihen der Ostpreußen gegeben: Nicht nur, dass es nur wenigen gelungen ist, Kinder und Enkel für die Landsmannschaft zu interessieren und sie in die landsmannschaftliche Arbeit einzubinden; viel schlimmer ist, dass auch dort das schlichte Wissen um die Vergangenheit nicht weitergegeben worden ist. Aber nur wer weiß wo er herkommt, kann verantwortlich bestimmen, wohin er gehen will.

Hier gibt es Nachholbedarf. Wir haben das erkannt!

Es ist nicht damit getan, an das Vergangene zu erinnern. Die ostpreußische Kultur muss weiterentwickelt werden.

Der Bestand der Deutschen Volksgruppe in Ostpreußen ist zu sichern. Diese deutsche Volksgruppe in Ostpreußen ist in mehrfacher Hinsicht Bindeglied. Sie ist Bindeglied zwischen uns Ostpreußen im Bundesgebiet und den Ostpreußen in der Heimat. Sie ist auch Bindeglied zwischen der heutigen polnischen Mehrheitsbevölkerung und den Angehörigen und Nachkommen der früheren deutschen Mehrheitsbevölkerung.

Sie ist unverzichtbar, oder wie es in moderner Formulierung lautet: Alternativlos. Wir werden unsere Landleute in Ostpreußen verstärkt unterstützen, ihre Identität zu bewahren und fortzuentwickeln und gleichzeitig Lebensperspektiven in Ostpreußen zu entwickeln und zu leben.

In unserer Gesellschaft ist zu beklagen, dass Zusammengehörigkeits- und Verantwortungsgefühl, das Für-einander-einstehen-Wollen, gelinde gesagt, abnimmt. Hingegen nimmt die Durchsetzung von Einzelinteressen an Bedeutung zu. Leider gilt das auch für die Ostpreußen. Aber nur gemeinsam sind wir stark. Wir müssen daher [also] den Zusammenhalt der Angehörigen der Erlebnisgeneration, deren Nachkommen und der Angehörigen der Deutschen Volksgruppe in Ostpreußen und unsere gemeinsame Identität als Ostpreußen stärken.

Wir sind nur dann alle Ostpreußen, wenn wir uns als Ostpreußen fühlen und das im täglichen Leben auch zum Ausdruck bringen. Wir müssen und wir werden Ausgrenzungen entgegenwirken, und zwar Ausgrenzungen in beide Richtungen.

Man verliert seine ostpreußische Identität nicht dadurch, dass man in das Bundesgebiet vertrieben worden oder dahin ausgewandert ist, auch nicht dadurch, dass man als Deutscher

und als Ostpreuße in der Heimat geblieben ist und dort gemeinsam mit der polnischen Mehrheitsbevölkerung lebt.

Man verliert seine ostpreußische Identität aber, wenn man sich nicht mehr als Ostpreuße fühlt, wenn man das Ostpreußisch-Sein nicht mehr als wesentlich für seine eigene Identität empfindet, wenn man sich mehr als Westdeutscher oder als Pole fühlt denn als Ostpreuße. Das ist der Anfang vom Ende!

Meine Damen und Herren, das Gesetz stellt für die [gesetzliche] Eigenschaft der „Deutschen Volkszugehörigkeit“ in erster Linie auf das Bekenntnis und erst in zweiter Linie auf das Bekenntnis bestätigende objektive Tatsachen ab. So müssen wir es mit unserem „Ostpreuße-Sein“ auch halten: Wesentlich ist das aus dem Willen fließende Bekenntnis zur Zugehörigkeit zur [deutsch-]ostpreußischen Volksgruppe! Wesentlich ist dabei nicht das, was uns trennt, sondern was uns eint!

Ostpreußen ist – jedenfalls soweit es die zur EU gehörenden Teile betrifft – Teil des lebendigen Europa. Die Angleichung an die europäischen Lebensverhältnisse ist in atemberaubendem Tempo abgeschlossen worden. Ostpreußen ist wieder eine lebenswerte Region.

In einer Zeit, in der Freizügigkeit innerhalb EU-Europas selbstverständlich ist, wächst auch der Grad der Verflechtungen zwischen dem Bundesgebiet und Ostpreußen. Ostpreußen ist verstärkt auch für junge Menschen als Lebensmittelpunkt eine interessante Region.

Lassen Sie uns darüber sprechen, wie wir unsere eben skizzierten Ziele erreichen und verwirklichen wollen.

Die Landsmannschaft Ostpreußen wird sich ungebrochen für die Ostpreußen, die der Erlebnisgeneration angehören, einsetzen. Insbesondere ist im öffentlichen Raum und in der öffentlichen Wahrnehmung das Bewusstsein für die Sonderopfer-Rolle der vertriebenen Ostdeutschen zu schaffen.

Die Vertreibung wird häufig mit den in deutschem Namen begangenen Verbrechen des NS-Regimes begründet, gerechtfertigt oder entschuldigt. Abgesehen davon, dass das Verbrechen der Vertreibung weder zu rechtfertigen noch zu entschuldigen ist, ist offenkundig, dass die Ostpreußen in Königsberg, Gumbinnen oder Allenstein nicht mehr Schuld an NS-Herrschaft und Krieg hatten als die Westfalen in Münster, die Bayern in Augsburg oder die Thüringer in Erfurt.

Sie haben aber in unvergleichlich größerem Maß an den Folgen und im Verhältnis zum übrigen Deutschland unendlich viel mehr gelitten. Deutschland hat insgesamt etwa neun Prozent seiner Bevölkerung infolge des Zweiten Weltkrieges verloren, Ostpreußen 25 Prozent.

Plünderungen, Vergewaltigungen und Ermordung von Flüchtlingen und Überrollten kamen in nennenswertem Umfang nur in den deutschen Ostgebieten vor. Es ist bezeichnend, dass Bundesaußenminister Westerwelle diese Woche in Königsberg die gefallenen Eroberer der Roten Armee ehrte, die nach zehntausenden zählenden deutschen Opfer Königsbergs im Jahr 1945 aber unerwähnt und unbeachtet lässt. Ich halte das für einen beschämenden Auswuchs.

Diese Tatsachen müssen in Gedächtnis und Bewusstsein unseres Volkers zurückgebracht werden. Es ist traurig, dass offensichtlich selbst einzelne Mitglieder der Bundesregierung Nachhilfe zu benötigen scheinen.

Die Landsmannschaft Ostpreußen wird sich dafür einsetzen, dass die Eigentumsfrage in zufriedenstellender Form gelöst werden kann. Die bisherige Herangehensweise, den vertriebenen Deutschen nichts zu geben, vielmehr jeglichen Anspruch als nicht existent, unbegründet, ja friedensgefährdend hinzustellen, muss ein Ende haben.

Der Ehrlichkeit halber wird man aber feststellen müssen, dass dies im Wesentlichen innerstaatliche Fragen sind. Unser Gegenüber in dieser Frage ist die deutsche Bundesregierung! Denn einerseits ist versäumt worden, zum gebotenen Zeitpunkt die Rechte Deutscher Bürger gegenüber den Vertragspartnern des Zwei-plus-vier-Vertrages sowie Polen, Litauen und Russland einzubringen. Nunmehr dürfen die Nachbarn des wiedervereinigten Deutschlands mit guten Argumenten davon ausgehen, dass diese Fragen zwischenstaatlich nicht mehr aufgeworfen werden und damit als abgeschlossen zu betrachten sind. Und andererseits kann man nicht erwarten, von fremden Staaten mehr zu erhalten, als die Deutsche Regierung selbst in Mitteldeutschland zu geben bereit gewesen ist.

Wir werden es nicht länger hinnehmen, dass die Bundesregierung den enteigneten Vertriebenen gegenüber auf die Vertreiberstaaten hinweist beziehungsweise sogar an diese verweist, selbst aber diesen gegenüber entweder erklärt, es gebe keine Ansprüche (so Schröder) oder die Thematik nicht anspricht, wenn es geboten ist, wie insbesondere beim Abschluss mehrseitiger internationaler Verträge wie dem Zwei-plus-vier-Vertrag und den EU-Verträgen.

Die Regierungen Osteuropas haben nach dem Ende der kommunistischen Diktaturen die Lage so vorgefunden, wie sie ist. Sie können mit erheblicher Berechtigung sagen, dass einerseits die Deutschen ihre Bodenreform-Opfer auch nicht entschädigt und andererseits bei zwischenstaatlichen Verträgen, zuletzt beim EU-Beitritt, diese Frage nicht angesprochen und damit den Rechtsschein der endgültigen Anerkennung der tatsächlichen Verhältnisse gesetzt haben. Hieran wird man sich festhalten lassen müssen. Die Bundesregierungen haben das Thema in Kenntnis der Zusammenhänge auf die osteuropäischen Staaten geschoben, um den deutschen Staatssäckel zu schonen.

Ein weiterer Effekt dieser Politik war, dass ein Stachel zwischen die Vertriebenen und die Nachkriegsbevölkerung in der Heimat gelegt und die Vertriebenen zum Störenfried gestempelt und in die Ecke gestellt werden konnten.

Wir werden den Finger in die Wunde zu legen wissen!

Und wir werden es nicht mehr zulassen, dass wir und die heutige Mehrheitsbevölkerung Ostpreußens gegeneinander in Stellung gebracht werden.

Die heutigen Bewohner Ostpreußens in zweiter und dritter Generation haben die Situation nicht herbeigeführt oder zu verantworten. Sie sind dort überwiegend schon hineingeboren worden.

Wir haben gute Beziehungen zu den Menschen in Ostpreußen, bei denen wir für unsere Anliegen häufig mehr Verständnis finden als bei Bundesbürgern. Diese Beziehungen, Bindungen und Freundschaften werden wir pflegen und weiterentwickeln

Wir werden uns nicht länger als Schreckgespenst der Ursache einer neuen Vertreibung hinstellen lassen.

Eine realistische Lösungsmöglichkeit für die Erlebnisgeneration wäre die Schaffung von besonderen Rentenansprüchen für Vertreibungsoffer. In diesen Zusammenhang gehören auch andere Rentenfragen. Es macht nämlich einen Unterschied, ob Sie Ostdeutscher sind oder nicht, wenn Sie Ihre Rente im Ausland genießen wollen: Für rentenversicherungsrechtliche Zeiten, die vor 1945 im Reichsgebiet östlich von Oder und Neiße zurückgelegt worden sind, erhalten Sie heute Rente nur innerhalb der EU. Für rentenversicherungsrechtliche Zeiten, die vor 1945 vollständig im heutigen Bundesgebiet erarbeitet worden sind, erhalten Sie hingegen eine Rente, die Sie in aller Welt genießen können? Ist das gerecht? Natürlich ist das höchst ungerecht, aber es ist Gesetz!

Es gibt Opfer von Zwangsarbeit, die dafür Rente erhalten. Es gibt Opfer von Zwangsarbeit, die keine Rente dafür erhalten. Diejenigen, die Rente bekommen, sind ausländische Verfolgte des Naziregimes, die in irgendeiner Weise zur Arbeit im Reichsgebiet gezwungen wurden – übrigens auch östlich von Oder und Neiße. Es ist gut und richtig, dass sie ihre Rente für ihre Arbeit bekommen!

Diejenigen, die keine Rente bekommen, sind Deutsche, die von Stalin verschleppt und in Russland oder Sibirien Zwangsarbeit verrichten mussten. Wir werden uns für Gerechtigkeit, für eine Rente auch für Deutsche Zwangsarbeiter einsetzen.

Die Landsmannschaft Ostpreußen hat bereits viel für die Verankerung Ostpreußens im Gedächtnis der Leute getan. Sie hat die Ostpreußische Kulturstiftung OKS gegründet. Deren Einrichtungen, das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg und das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, sind die Eckpfeiler der Bewahrung des historischen Ostpreußens im Bewusstsein des Deutschen Volkes und der Welt. Diese Einrichtungen dienen nicht den Eigeninteressen der Landsmannschaft Ostpreußen oder der Ostpreußen, sondern der Einbindung des geschichtlichen Ostpreußens in das Gedächtnis und Bewusstsein des Deutschen Volkes und der Welt.

Der Bestand und der Ausbau beider Einrichtungen gehören zum Kernbestand Ostpreußens. Die satzungsmäßige Mitwirkung des Bundes und der Länder Bayern und Niedersachsen darf nicht nachlassen. Die Erhaltung des Kulturgutes der deutschen Ostprovinzen ist vor allem auch staatliche Aufgabe, niedergelegt in § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) und im Interesse des ganzen deutschen Volkes. Die staatlichen Stellen daran zu erinnern und zur stetigen Mitwirkung zu bewegen ist unsere Aufgabe.

Dieser Aufgabe stellen wir uns in stetiger Anstrengung und in vielen Gesprächen. Unser Patenland Bayern kommt dieser Verpflichtung in beispielhafter Weise nach. Ich bitte Sie, Herr Hansel, der bayerischen Staatsregierung den besonderen Dank der Ostpreußen auszurichten.

Wer schreibt, bleibt.

Erlebnisberichte von Zeitzeugen werden uns in absehbarer Zeit nicht mehr zur Verfügung stehen. Was in gedruckter Auflage erschienen oder in Internetportalen veröffentlicht ist, ist nicht mehr von der Welt zu tilgen.

Die Landsmannschaft Ostpreußen und ihre Untergliederungen werden der Nachwelt auf diese Weise das Wissen über Ostpreußen erhalten und zugänglich machen. Neben vielen Büchern und unserem großen Internet-Ostpreußen-Portal möchte ich an dieser Stelle das von der Landsmannschaft Ostpreußen ins Leben gerufene Bildarchiv Ostpreußen nennen, das in einzigartiger Weise mehrere zehntausend und täglich mehr werdende Bilder des historischen Ostpreußens zusammengestellt hat und auf Dauer der ganzen Welt zugänglich macht.

Wir haben gestern der Verleihung des Ostpreußischen Kulturpreises und des Gierschke-Dornburg-Preises beiwohnen dürfen. Solche Preise sind wichtige Stützpfiler der Fortentwicklung ostpreußischer Kultur. Diesen Weg werden wir weiter beschreiten.

Die Forderung nach einem Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung ist keine neue Forderung, gleichwohl eine richtige und notwendige.

Wir werden nachdrücklich an dieser Forderung festhalten.

Die Liste der staatlichen Gedenktage in Deutschland ist lang. Es gibt zum Beispiel den 27. Januar: Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, 8. Mai: Tag der Befreiung – Bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht und Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa, 10. Mai: Tag des freien Buches, 23. Mai: Tag des Grundgesetzes, 17. Juni: Nationaler Gedenktag in Deutschland zum Aufstand des 17. Juni, 20. Juli: Fehlgeschlagenes Attentat auf Adolf Hitler 1944, 28. August: Tag der Russlanddeutschen, 6. Oktober: deutsch-amerikanischer Tag, 19. Dezember: Gedenktag für die ermordeten Sinti und Roma. Diese Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Nur für die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung gibt es keinen staatlichen Gedenktag. Ein zentrales Denkmal übrigens auch nicht!

Zur Zeit befindet sich ein Antrag auf Einrichtung eines solchen Gedenktages in den parlamentarischen Beratungen des Deutschen Bundestages. Wir bitten die anwesenden Mitglieder des Deutschen Bundestages, sich weiter für ein positives Ergebnis einzusetzen.

Kernaufgabe landsmannschaftlicher Arbeit ist die Fortentwicklung der staatlichen Bundesstiftung Flucht Vertreibung Versöhnung. Am Zustandekommen dieser Stiftung und an der Mitwirkungsmöglichkeit der Vertriebenenverbände in ihr kommt der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, das Hauptverdienst zu. Nicht nur die Ostpreußen, nicht nur die Vertriebenen, nein, ganz Deutschland schuldet Ihnen, Frau Steinbach, für diese Leistung Dank und Anerkennung. Wenngleich das die veröffentlichte Meinung noch nicht erkannt hat, die Ostpreußen haben es – ich sage Ihnen an dieser Stelle namens der Ostpreußen herzlichen Dank!

Ich weiß, dass es zuweilen harsch geäußerte Kritik an der Stiftung gibt. Dabei gibt es zweierlei zu bedenken: Erstens befinden sich Konzeption und Aufbau der Ausstellung noch im Entstehen; wir werden diesen Prozess konstruktiv begleiten. Am Ende wird es ein Ergebnis geben. Dieses Ergebnis wird dann zu bewerten sein.

Zweitens ist diese Stiftung in jedem Fall das nachhaltigste, was wir kommenden Generationen zu diesem Themenkomplex mit auf den Weg geben können. Wir dürfen und werden diese Chance nicht vertun.

Die Landsmannschaft Ostpreußen wird sich in stärkerem Maße als bisher den Angehörigen der Deutschen Volksgruppe in Ostpreußen zuwenden.

Ziel muss, wo möglich und gewünscht, eine Schul- und Berufsausbildung in deutscher Sprache sein. Ziel muss weiter sein, auch der nachwachsenden Generation übergreifend – ob aus Ostpreußen oder aus dem Bundesgebiet – eine Lebensperspektive in Ostpreußen zu geben. Leben und arbeiten für Deutsche in Ostpreußen – innerhalb EU-Europas eine theoretische Selbstverständlichkeit – muss auch praktische Realität, Selbstverständlichkeit werden.

Besonderes Augenmerk verdient die organisatorische Struktur der landsmannschaftlichen Arbeit in Ostpreußen. Wiederholt hat es gewisse Verwerfungen gegeben. Die Landsmannschaft Ostpreußen möchte sich auch insoweit mehr einbringen als bisher.

Die Strukturen der Deutschen in Ostpreußen sind vielschichtig, unsere Verbindungen in Ostpreußen müssen es auch sein. Auch zu diesem Zweck eröffnen wir nächste Woche unser Verbindungsbüro in Allenstein, und zwar direkt unterhalb der Burg.

Ostpreußen lebt und entwickelt sich weiter. Wir wollen an seiner Entwicklung mitwirken und teilhaben! Wir wollen und werden den Anschluss behalten, wir wollen und werden uns in der Heimatprovinz engagieren und mitgestalten.

Dazu bedarf es der Zusammenarbeit mit dem heutigen Ostpreußen, denn ohne oder gar gegen die heutige Mehrheitsbevölkerung ist kein sinnvolles Arbeiten möglich. Und diese Zusammenarbeit ist nicht nur möglich, sie ist beiderseitig gewünscht!

Denn Ostpreußen ist in seinen EU-Teilen heute zwar ein Land, das von seiner Ur-Bevölkerung getrennt, aber ansonsten frei ist.

Die Vertreter der heutigen Mehrheitsbevölkerung suchen Kontakte zur angestammten Bevölkerung, die sie brauchen, wenn sie Bezüge zu Geschichte und Kultur der jetzt von ihnen bewohnten Landstriche entwickeln wollen. Nur die wenigsten heute dort lebenden Menschen haben einen Großelternanteil, der dort schon gelebt hat. Ohne uns gibt es keinen Zugang zur Vergangenheit Ostpreußens – und die Menschen wissen das.

Beide Seiten sind bei verständiger Würdigung auf Zusammenarbeit angewiesen. Wir werden diese Zusammenarbeit, eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe, suchen, pflegen und ausbauen. Die meisten Kreisgemeinschaften haben bereits gute und belastbare Beziehungen zu den heutigen Behörden aufgebaut. Darauf kann aufgebaut werden. Auch auf höheren Ebenen sind vielversprechende Anfänge gemacht worden.

Ein erfolgreiches Konzept sind unsere Kommunalpolitischen Kongresse. Diese Reihe wird am ersten Oktoberwochenende mit dem 8. Kongress in Allenstein fortgesetzt. In Zukunft werden wir zu noch mehr gemeinsamen Projekten kommen müssen. Wir werden die Träger Ostpreußischer Kultur fördern. Ein Beispiel dafür, wie man das macht, ist der gestern an Herrn Papendick verliehene ostpreußische Kulturpreis.

Wir werden auch viele andere kleine Kulturprojekte in Ostpreußen und im Bundesgebiet fördern. Und wir werden weiter kulturelle Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten an die nächste Generation weitergeben – beispielsweise im Rahmen von Werkwochen. Die ostpreußische Kultur und Tradition, die in uns und durch uns lebt, erinnert täglich aufs Neue daran: Bedenke, Ostpreußen, dass Du nicht sterblich bist.